

Nebrer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Schriftleitung: W. H. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernprediger: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 2232

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenamt 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 RM.

Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Ahrten.

Nr 18

Sonnabend, den 11. Februar 1928

41. Jahrgang

Aber Herr Schäkel!

Der moderne Mensch ist zum Nervenbündel geworden; dafür gibt es einen ganzen Haufen Gründe. Manche Uebelthäter bekämpfen, unter vielen Umständen die Hauptsache das — Töten. Das man sojagen niemals weder sicher ist, möglich angreifen zu werden; das man aber auch die Möglichkeit hat, Mitleiden sofort anzurufen, habe verhängnisvolle Wirkungen für das menschliche Verdienst. In Deutschland äußert sich dies in der Hauptsache darin, daß die Telefonbesitzer sich bestreben, ihm würden von der Post viel zuviel Gebühr anrechnen. Mit all der Autorität, von der eine hohe Behörde umflesst ist (oder sich umflesst glaubt), wird „so etwas von der zuständigen Oberpostdirektion“ beirräht, daß ihr niemals ein Irrtum passieren könne. Trotzdem rebelliert hier und da jemand und dann kommt es zum Prozeß. Wie liegt es vor? Da handelt es sich um die „Verrenteten“, Kosten eines einzigen Ortsgespräch: Kostenpunkt 15 Pfennige. Aber der „Retrospekt“ läßt sich „gründlich“ nichts gefallen. Weisens rufen nach noch ein paar „Beleidigungen“ mit unter. Also los mit dem Prozeß, Schöffengericht, Staatsanwalt, Verteidiger, Zeugen, zu Urteilen, Sachverständigen, Sachverständigen! Wie sagt der Franzose? „So viel Donner nur wegen eines Gierluchens!“ Aber die Post schneidet dabei so leicht ab, allerdings „Versehen“ ihrerseits beim Fernsprecherlehr werden aufgebebt — so z. B. sind Anmeldeungen von Ferngesprächen erwiehenermaßen einfach vertretbar —, das nun schließlich die „Vertrags“angeige zurückgezogen wird und man sich auch wegen der „Beleidigungen“ einigen will.

Vorher hat man aber allerhand Anstrengungen gemacht, den Angeklagten, der sich nicht unbedingt der Autorität einer hohen Hofbehörde beuge, als „Ducuranten“ hinzustellen. Durch Sachverständigen, Als nicht oder minder beirräht, von der höchsten Behörde „zu Seite rücken“. Aber er ist ein Großmann, der sich — trotz der Sachverständigen — nicht ab verriid hinstellen lassen will. Er sei durchaus bei klaren Sinnen, „Gerade aber der Umstand, daß sich der Angeklagte völlig für durchaus gesund hält, ist ein besonders verdächtiges Moment!“ — In einer Sachverständigen mit unbekanntem Namen. Eine für jeden der „Beleidigungen“ gesund zu sein, wenig erfreuliche Aussicht! Das ist also schon ein sehr gewichtiges Zeichen beginnender Paralyse! Aber so etwas kann jedem passieren, der sich den Kostenberechnungen der Post nicht weiter sieht oder gar nicht „anruft“, wie der Berliner sagt. Man wird dann gleich für verrückt erklärt!

Die Oberpostdirektion Breslau war über beleraten, als sie diesen Prozeß anstrengen ließ; denn unbeschäftigt ist sie schließlich nicht und sie soll immer daran denken, da sie dazu da ist — besonders da sie Inhaberin eines überaus angestrichelten Ansehens ist — den sie in Anspruch nehmen zu können und nicht umgekehrt. Gerade diese Zusammenhänge im Tagesverkehr erörtern noch mehr, als die fortwährenden Preiserhöhungen es bisher schon getan haben.

Aber — drehen wir das Sprichwort einmal um und sagen: Wo wird Schaden ist, das ist auch viel Licht. Gewiß haben wir kein „Vollständiges“ Leben mehr, dessen Ruhm und den Erdball ging, aber man bemüht sich doch auch heute, den steigenden Erfordernissen des modernen Verkehrs gerecht zu werden. Gerade ist der Fernsprecherverkehr zwischen Deutschland und Amerika offiziell eröffnet und zuzugelt tagt auch eine Konferenz bewieser, französischer, englischer, holländischer, italienischer, amerikanischer und schwedischer Vertreter, um Fragen technischer und betrieblicher Art für den gemeinsamen zwischenstaatlichen Verkehr zu regeln. Also man gibt sich Mühe, macht Anstrengungen, vorwärtszukommen. Aber man sollte doch nicht gleich jedes Wort des Teufels allzu empfindlich sein und zum Kladder rinnen!

Gefährdung der Regierungsmehrheit

Zentrum und Volkspartei.

Je länger der Kampf um das Zustandekommen des Reichstagsabstimmungsbeschlusses dauert, desto mehr fischen sich die Schwerefraktionen aneinander, bis das Ziel zur Vollendung des Gesetzes verloren. Augenblicklich sind die Aussichten auf eine Lösung wieder fast verunflicht. Die so oft behandelte Frage des „Wiesentals“ zwischen den zwei sich gegenüberliegenden Regierungsparteien steht auf dem gleichen Fied. Zentrum gegen e. n. Deutsche Volkspartei für Stimmentzettel im letzten Augenblick wird der entscheidende Wille verknüpft, nicht zurückzuziehen. Weibst es dabei, so bedeutet das die Sprengung der Koalition und eine Regierungskrise.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages hat Mittwoch eine Sitzung abgehalten und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Einigungsmöglichkeit namentlich in der Frage der Stimmentzettel kaum noch besteht. Es soll der Donnerstagabend zum gemeinsamen Fraktion überlassen bleiben, anzunehmende Stellung zu nehmen. Das offizielle Zentrumorgan, die Germania, schreibt bereits: „In den nachstehenden Kreisen des Zentrums ist man der Auffassung, daß das Reichstagsabstimmungsbeschlusses angesehen werden muß, nachdem die

seit einiger Zeit schwelenden Zwischenverhandlungen ergebnislos verlaufen sind. Daß die von der Deutschen Volkspartei herbeigeführten, für das Zentrum unannehmbaren Veränderungen des Regierungsentwurfs nicht ohne politische Milderung bleiben können, darüber wird man sich doch wohl in den beiden Reichstagsparteien nicht im Zweifel sein. Die Fraktion wird sich darüber schließlich werden müssen, welchen Zeitpunkt und welchen Weg sie für ihre notwendige politische Initiative als geeignet ansieht.“ Die Deutsche Volkspartei sieht die Schuld auf die Hartnäckigkeit des Zentrums und beirräht, wie es Abgeordneter Dr. Scholz schon wieder in einer Hamburger Rede getun hat, auf ihre sozialistischen Anstalten, die „genauheit ein erheblicher Teil der Deutschen Volkspartei der Aufrechterhaltung des Reichstags nicht zu opfern bereit sei.

Die Vermittlungsversuche werden natürlich fortgesetzt und besonders die Deutschnationalen, die andere Reichspartei der Regierung, bemühen sich in dieser Richtung. Die Deutschnationale Volkspartei hält nach wie vor die Einigung des Reichstagsabstimmungsbeschlusses nicht nur für politisch notwendig, sondern die Befestigung der Differenzpunkte für durchaus möglich. Einem Ausschub der Entscheidung werden die Deutschnationalen nicht zustimmen. Der deutschnationale Graf Westphal hat für Freitag den Internationales Ausschuss einberufen, um endgültige Klarheit herbeizuführen. Man sieht bei den Deutschnationalen die Lage für sehr ernst, wenn auch nicht hoffnungslos, an.

Stehen Neuwahlen bevor?

In den Wandelhallen des Reichstages gab es am Donnerstag, während drinnen im Saale die Redner vor leeren Bänken über Wiederwahl sprachen, nur ein Gespräch: Kommt es zum Bruch? Werden die Zentrumsmitglieder aus dem Parlament scheiden und damit eine Nationalkrisis herbeiführen?

Besonders heftigste wollten schon wissen, daß Reichstagsneuwahlen für April im gegebenen Falle geplant seien. Man sprach auch von der Möglichkeit, die Regierung werde das ganze Gesetz zurückziehen, um den Zeit und andere wichtiger Dinge unter Dach und Fach zu bringen, also die jetzige Koalition auf diese Weise einwirken zusammenfallen und dann erst weiter sehen.

Für ein solches abwartendes Verhalten sind aber die Deutschnationalen, wie gesagt, nicht eingenommen. Sie sollen es — immer nach dem Hörensagen — vorziehen, in offener Reichstags im Reichstag die Entscheidung durch Abstimmung zu erzielen. Zur Stunde ist tatsächlich noch alles in der Schwebe. Die Zentrumsfraktion berät sich nochmals. Der Schlußausdruck der Deutschen Volkspartei verjammelt sich am kommenden Sonntag zu einseitigen Beratungen. Vielleicht bringt die neue Woche endlich den Zeitpunkt, in dem sich die gesammte Vermittlung gewollam entläßt oder zu dem die drohenden Wollen sich genählich verzehren.

Die kommende Genfer Ratstagung.

Vorstehende Aufgaben.

Am 5. März beginnt die Frühjahrsstagung des Völkerbundes. Dagegen ist das Sicherheitskomitee auf den 20. Februar einberufen, das die Vorbereitungen für die Abrüstungskommission betreibt. Diese selbst soll etwa um den 15. März zusammenzutreten. Auf der Tagesordnung der Ratstagung stehen zwei große politische Fragen. Beide betreffen Ungarn, nämlich die ungarisch-rumänische sogenannte Öpanienfrage, der sich um die Forderungen der ungarischen Grundbesitzer gegenüber der rumänischen Agrarreform dreht, und die Maschinengewehrfrage von St. Gotthard.

Es scheint, daß man nicht nur auf Seiten der kleinen Entente, sondern infolge des gleichmäßigen Druckes der Reichs- und Antirepublikaren auch bei der französischen Regierung fest entschlossen ist, in dieser Frage trotz aller Widerstände energig vorzugehen, nachdem nun die Anträge der drei Staaten der kleinen Entente vorliegen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Neuernennung der Saarkommission. Es liegen für den Fall der Abreise des Reichs- und Antirepublikaren eine Reihe Kandidaturen vor, doch steht im Augenblick noch immer nicht fest, ob der Rat sich für den ständaristischen Kandidaten entscheiden wird. In einer oberselektionen Schlußfrage, die durch eine neue Eingabe des Oberösterreichischen Volksbundes wegen Eröffnung einer deutschen Winderbeitensliste auf Grund der deutsch-polnischen Konvention anzuregen ist, ist es nicht ausgeschlossen, daß der Rat Vertagung beschließt, die große oberösterreichische Schlußfrage von Internationalen Gerichtshof im Haag entscheiden sein wird.

Französische Sozialisten für Rheinlanddrängung.

Erklärung des Parteivorstandes.

Die Erklärung an die Angehörigen des französischen, den Sozialdemokraten zugeordneten Politikers Paul Boncour, der sich gegen baldige Rheinlanddrängung ausgesprochen hat, wonach sich die deutsche Sozialdemokratische Partei an den Vorstand ihrer Gesinnungsgenossen mit Protest und Anfrage.

Der Vorstand der Sozialistischen Partei hat nun beklommen, auf den Vorschlag der deutschen Sozialistischen

Partei mit dem Hinweis auf das offizielle Wahlprogramm der Partei zu antworten, in dem die sofortige Räumung des Rheinlandes ohne jeden Vorbehalt gefordert wird. Gleichzeitig will die französische Sozialistische Partei den deutschen Sozialdemokraten die Einberufung einer besonderen Internationalen Konferenz vorschlagen, bei der auch die belgischen Sozialisten vertreten sein sollen und die endgültig die Haltung der Sozialistischen Parteien von Deutschland, Frankreich und Belgien zum Rheinlandproblem festlegen soll.

Münchener Reichsgesandtschaft künftig wegfallend.

Beschluß im Haushaltsausschuß des Reichstages.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages knüpfte sich eine längere Aussprache an das Kapitel: „Beratung der Reichsregierung in München“. Von den Demokraten wurde beantragt, dieses Kapitel als künftig wegfallend zu bezeichnen. Die Kommunisten forderten die Streichung dieser Beratungen. Die Regierung wurde der demokratische Antrag, dieses Kapitel als künftig wegfallend zu bezeichnen, mit 14 Stimmen angenommen. Von der Deutschen Volkspartei stimmten die Abgeordneten Dr. Gremer und Dr. Mittelmann dafür, Abhaltung dieses der Abgeordnete Wort aus. Die Minderheit setzte sich aus 13 Stimmen der Deutschnationalen, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung zusammen.

Landbundvorstand beim Vizekanzler.

Hilfsmaßnahmen nicht ausreichend.

Der Stellvertreter des Reichsministers, Reichsminister Herrg, empfang in der Reichstagskanzlei in Gegenwart des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, sowie der Vertreter des Getreidebauvereins, eine Abordnung des Landbundes, der die Präsidenten Hepp und Graf Kaldrach sowie die Direktoren Kriegshelm und von Zebel angehörten. Die Vertreter des Reichslandbundes brachten eine Anzahl von Forderungen vor, die im einzelnen eingehend besprochen wurden. Sie wies einbringlich darauf hin, daß die Reichsregierung die Maßnahmen, die von der Reichsregierung bisher zur Erleichterung der wirtschaftlichen Not des Landvolkes vorgehien seien, nicht als ausreichend betrachten könne. Die anwesenden Mitglieder der Reichsregierung erklärten hierzu, daß es sich bei den bisherigen Verfügungen der Reichsregierung um ein zusammenhängendes System von Hilfsmaßnahmen handelte, deren weiterer Ausbau mit allen verfügbaren Mitteln durchgeführt werden solle.

Unsere Reichswehr.

Beratungen im Haushaltsausschuß des Reichstages.

Der Etat des Reichswehrministeriums steht jetzt im Haushaltsausschuß des Reichstages zur Beratung. Den Ausführungen des Berichterstatters Hünlich (Zos) ist zu entnehmen, daß im letzten Geschäftsjahr

der Selbstmord und 28 Selbstmordversuche in der Reichswehr vorgefallen sind. Der Militärsekretär von Erffa (Zit.) führte aus der Etat des Arbeitsministeriums und der Etat des Wehrministeriums seien am meisten kritischen Stellen zu prüfen, ob wir nachher die besten Kräfte auf den rechten Wege liegen. Besonders ist auch hier die Beobachtung, daß die Personalansgaben steigen und die Sachausgaben zurückgehen, fast umgekehrt. Im übrigen wollte er aber nicht, daß die Reichswehrangehörigen schlechter gestellt werden als die anderen Beamten, die freilich im Gegenfall zur Reichswehr mit Deputationen den Reichstag beirräht hätten. Bei dem

Verderber!

habe das Wehrministerium seine Unverbindlichkeitspolitik zu treiben, sondern lebhaft die Belange der Kavallerie zu beobachten. Durch weitere Motorisierung der Kavallerie könnten weitere Pferde erparnt werden. Die Unterbringung der Mannschaften und der sonstige Zustand der Kasernen seien vielfach außerordentlich rückständig und besserungsbedürftig; hier müßten größere Mittel verfügbar gemacht sein. Auf dem Gebiete des Straßendienstes seien wir noch außerordentlich rückständig. Sei es richtig, so frage der Redner, daß der große Prozentsatz der Mannschaften zur Wehrmacht aus Industrie und Gewerbe stamme? Er forderte, daß die föderliche Einigung den Ausschlag geben müßte, nicht die Parteizugehörigkeit oder die soziale Herkunft. Bei der Aufhebung von Zwangsmaßnahmen werde man stammende Vorteile erhalten; das dürfe aber den Ausschub und das Ministerium nicht abhalten, solche Zusammenlegungen vorzunehmen, um derjenigen verplündernden Dislozierung ein Ende zu machen und damit auch der Ausbildung der Zukunft zu dienen.

Die weitere Beratung wird auf Freitag verlegt.

Kosten des preussischen Parlaments.

Früher und jetzt.

Nach einer bei der Beratung des Haushalts im Preussischen Landtag vorgelegten Aufstellung des Abgeordneten Meumann gab es vor dem Kriege in Preußen 443 Abgeordnete, jetzt 490. Zahlte man Verrenteten bzw. Ersatzleute hinzu, so wuchs die Zahl der Parlamentarier in Preußen auf 590 vor dem Kriege und 831, also 290 weniger, in der Gegenwart. Die Kosten des Parlaments betragen vor dem Kriege 1,09 Prozent des Gesamtstaatsausgaben, 0,14 Prozent jetzt. Bei Eingerechnung der Anteile für den König löstete der gesamte abgeordnete

Waparat — Krone und Parlament — vor dem Stiege etwa 20 Millionen gegen sechs Millionen legt.
Die Zahl der Wählerfragen ist im wesentlichen dieselbe geblieben. Auch die Zahl der Ausschussfragen ist nicht sehr geblieben; vor dem Stiege 253 pro Jahr, während der Gefängnis-Verwaltung 461, im vorigen Landtag 308. Während vor dem Stiege Krone und Parlament nur 73 auf das Jahr kamen, gab es in der Verfassunggebenden Landesversammlung pro Jahr 225 und im vorigen Landtag 274. Infolge der drei Jahre des letzten Landtages ist die Anzahl der Fragen im Jahr von neun vor dem Stiege auf 88 in der Verfassunggebenden Landesversammlung, 75 im vorigen Jahre und 82 in den letzten drei Jahren des letzten Landtages. Kleine Anfragen gab es im vorigen Landtag 1029, für das Stiegejahr also 257.

Politische Rundschau Deutsches Reich

Reichsfinanzminister des Vermögenszuwachses.

Der Reichsfinanzminister hat auf eine Anfrage mitgeteilt, daß die Denkschrift über die steuerliche Erhaltung des seit Kriegsbeginn eingetretenen Vermögenszuwachses bis Ende dieses Monats zu erwarten ist. Der Steuer- ausfluß des Reiches nach dieser Denkschrift gewinnst. Mit ihr wird das Ziel verfolgt, durch eine Sonderabgabe von den neu entstandenen oder gewachsenen Vermögen größeren Umfangs die Mittel zu beschaffen, die zur Ver- zinsung der Kleintrenten erforderlich sind.

Flanngengesetzgebung für Preußen.

Die Regierungsparteien im Preussischen Landtag haben durch gemeinsamen Antrag einen Gesetzesentwurf über das Flanngesetz über öffentlich-rechtliche Körper- schaften dem Landtag unterbreitet. Der Entwurf lautet: „Die Befugnisse der Flanngesetze, die zum öffentlichen Ge- brauch bestimmten Gebäuden, öffentlichen Einrichtungen der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der öffent- lichen Straßen und Plätze gehört als Angelegen- heit der Landesoberbehörde zu den öffentlichen Geschäften der allgemeinen Landesverwaltung. Das gleiche gilt in Ansehung der Schulgebäude, die als Unterhalts- träger der nicht vom Staat allein unterhaltenen öffent- lichen Schulen. Auch das Flanngesetz über die öffentlichen Körperlichkeiten des öffentlichen Rechts unterliegt der Be- stimmung durch das Staatsministerium.“ — In der Begründung wird Bezug genommen auf die Vorberedung vom August 1927 über die Befugnisse der gemein- dlichen e Dienstgebäude, die auch auf andere Körperlichkeiten ausgedehnt werden müßte.

Regierungsbildung in Hessen.

Die Verhandlungen zwischen dem Weimarer Sozial- demokratischen und der Sozialdemokratischen Partei, den Demokraten und dem Zentrum gebildet. Als Staatspräsident wird der bisherige Landtagspräsident Adlung (Zog.) zur Wahl vorgeschlagen, er über- nimmt zugleich das neu zu organisierende Ministerium für Kultus und Bildungswesen. Für das Ministerium des Innern ist Seidner (Zog.), für das Finanz- und Justizministerium Krieger (Ztr.) und für das Arbeits- und Wirtschaftsministerium Abg. Krell (Dem.) vorgesehene. Die Wahl des Staatspräsidenten und die Vorellung der neuen Minister sowie die Ent- wicklung der Regierungserklärung durch den Land- tag wird am Dienstag, den 14. Februar, erfolgen.

Norwegen.

Die Gründe zum Regierungswechsel.
Vor vierzehn Tagen hat es gebauert, bis die von vornherein als wenig dauerhaft bezeichnete Arbeiter- regierung wieder zurücktreten mußte. Sie fand nicht die Unterstützung der Radikalen (etwa Demokraten nach deutschen Begriffen), auf deren Willen anfänglich ge- gründet wurde. Der Premierminister des gestrichelten Arbeiterkabinetts soll dem König empfohlen haben, den Leiter der Radikalen Partei, den vormaligen Minister- präsidenten Nowinkel, mit der Bildung der neuen Re- gierung zu betrauen. Während einer Aussprache erklärte der zurücktretende Ministerpräsident, der Sturz seines Kabinetts sei erfolgt, weil es kein Verzicht der Part von Norwegen und der Hofmann sein wollte.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Reichsaussenminister Stresemann hat sich von Rom nach Kap Martin begeben, wo er für mehrere Wochen Wohnung genommen hat. Seine Familie soll in einigen Tagen nachkommen.

Berlin. Auch die preussische Staatsregierung läßt fest- stellen, daß keinerlei direkte oder indirekte Einwirkung der Reichsregierung oder des Reichsaussenministers auf die preussische Staatsregierung zu erwarten ist. Der Leiter der Re- gierung des Preussens hat die Preussische Staatsregierung über die Angelegenheit in Kenntnis gesetzt.

Zugung. Nach zweitägiger Geheimhaltung nahm die Zugung der Kammer das vorläufige Abkommen mit dem Reichsaussenminister über die Auszahlung des vierten Teils der Kriegs- schadenrente mit 33 gegen eine Stimme bei einer Ent- wicklung an.

Wien. Der König und die Königin von Albanien sind von Paris kommend, in Wien eingetroffen und vom belagerten Königspalast empfangen worden.

Wien. In der Kammer Sitzung verlas der Unterrichts- minister ein Mandat über die Vertreibung der Mitglieder des Lehrpersonals an politischen Schulen. In diesem Mandat wird die Minister der Schule für die Neutralität gegenüber allen politischen Auffassungen und Bestrebungen zur Pflicht.

Managua (Nicaragua). General Sandino hat seine Haupt- stadt in der Nähe der Stadt Minotina zum neuen Haupt- stadt gemacht, um sie zu füllen.

Aus der Umgegend

Nebr., 11. Februar.

Ableferung der Einkommensteuermarken für 1927.
Das Finanzamt veröffentlicht in der heutigen Nummer unserer Zeitung eine ausführliche öffentliche Aufforderung zur Ableferung der Einkommensteuermarken für das ver- flossene Jahr, auf die wir besonders hinweisen.

Die Freiwillige Feuerwehr besaupet morgen Abend das Feld! Es ist ein schöner Brauch in unserm Vereinsleben, daß andere Vereine ihre Veranstaltungen so legen, daß die Wehr ihren Tag ohne jede Konkurrenz frei hat. Die Entschuldigun: „Ich hatte da oder dort Ver- pflichtungen.“ ist mithin nicht zulässig. Es sollte jeder die Wehr besuchen anläßlich ihrer Geburtstagsfeier, wie so auch andererseits die Wehr zu jedem kommt, gleichviel welchen Standes er ist, wenn Not und Gefahr ihn bedrohen.

Maskenball. Auch in Wittenburg wird man- chere Stunden so schön. Am Sonntag veranfaßt Herr

Witzmann in den freundlichen Räumen seines Gasthauses einen Maskenball, auf den sich die Jugend des Ortes und der weiteren Umgegend bereits seit Wochen freut. Gestig arbeitet Abend für Abend die Damenwelt, um an Hand der neuesten Modenschritte die schönsten Kostüme fertig zu stellen, aber auch die junge Mannwelt ist bemüht, auch ihrerseits Lieberabzugeben zu bieten. Es darf somit viel Scherz und Freude vorhergesehen werden, auch für diejenigen, die nur als Zuschauer kommen.

Freispaß. Nach Wegehendorf werden zum Son- tag die Stater geladen. Wie wir bei den letzten Stat- turturnieren beobachten konnten, ist die Gemeinde der Freunde dieses den Körper nicht ermüdenden, den Geist und die Entschlußkraft aber außerordentlich anregenden Spiels eine recht große und so steht wohl zu erwarten, daß ein reger Be- such auf der Straße Nebra-Wegehendorf am Sonntag sein wird. Namentlich werden die vielen Wehnpfeiler sich die Gelegenheit zu einer guten Extraeinnahme, von der die Frau nichts weiß, nicht entgehen lassen.

Fachschulvorbereitungen werden aus Anlaß der zu Ende gehenden Jahrgangstage überall getroffen. Noch einmal soll am Freitagtag (21. Februar) die Freude am Leben gezeigt werden. Auch bei uns in Nebra sind für diesen Tag große Lieberabgaben zu erwarten, denn schon jetzt wird eifrig darauf hingearbeitet. Wir werden in den nächsten Nummern Näheres bringen.

Postkaffee. Die Oberpostdirektion Halle hat auf die Eingabe der Wappen- und Matrizenfabrik Nebra nun- mehr eine bessere Förderung der gewöhnlichen Brief- sendungen ab Nebra herbeigeführt. Der früh von Nebra 6.13 Uhr abgehende Personenzug nach Artern wird je einen Briefbeutel für Artern Zug 611 Gerat- Sangerhausen, für Magdeburg und für Zug 624 Magdeburg-Gerat, in diesem Falle Artern-Gerat, zur Beförderung von gewöhn- lichen Briefsendungen führen. Damit ist für Nebra ein großer Fortschritt zu verzeichnen, denn man kann nunmehr Briefe, die abends abgegeben werden, früh von dort in die Richtung Sangerhausen-Magdeburg sowohl wie in Richtung Artern-Gerat befördern lassen. Es wird da- durch beinahe ein voller Tag an Zeit für Korrespondenzen gewonnen.

Parfioration. Die Parfioration in Kleinmangen ist sofort zu belegen. Dem neuen Stellenshaber wird die parfiorationelle Verlegung der Kirchengemeinde Groß- mangen (Wartbezirk Nebra) übertragen werden. Bewerbungen sind dem Konviktorium bis 15. März einzureichen.

Zollerkerungen beim 10. Deutschen Sängerbundestest. Nach Deisterich zum 10. Deutschen Sängerbundestest mitgeführte Musikinstrumente, Fahnen, Standarten und zum Schmuck der Festwagen bestimmte Dekorations- gegenstände genießen vollstetige Behandlung.

Schon die Weidenkätzchen! Abreizen verboten!
Raum haben als erste Frühlingsboten die zarten Weiden- kätzchen die braune Kronenpollenke geerntet, da werden sie auch schon als Zimmerkätzchen begehrt. Selten begnügt man sich mit ein paar sorgfältig abgedrehten Zweiglein, meist werden sie in Massen gebantenlos abgerissen, so daß die Bäume bald kahl und verelendelt dastehen. Und niemand denkt daran, daß die fleißigen Bienen, die nach langer Winterzeit geradezu auf Honig und Pollen der Weidenblüten angewiesen sind, elend zugrunde gehen müssen. Es ist daher nur zu begreifen, daß endlich Verbote dagegen erlassen werden. Immer mehr möchten aber auch die Waldbesitzer den Imkern entgegenkommen, indem sie namentlich auch die Samenbeute zu vermehren trachten.

Volkskranertrag 1928. Der diesjährige Volks- kranertrag zum Ehrenabend an die Gefallenen des Weltkrieges wird am 5. Sonntag vor Herrn Reichsminister (4. März 1928) allseitig begangen werden. Der Ausschuß für die Festlegung des Volkskranertrages umfaßt außer den Vertretern der drei Reichskammern eine große Anzahl von Verbänden, so u. a. den Bund Deutscher Frauenvereine, den Deutschen Caritasverband, den Zentralausschuß für innere Mission der Deutschen Evangelischen Kirche, den Deutschen Evangelischen Frauenbund, den Katholischen Frauenbund, das Rote Kreuz, den Deutschen Offiziersbund, den Deutschen Reichsritterbund (Rittershäuser), den Zentral- verband Deutscher Kriegsgefangener u. a., selbstverständlich auch den Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge e. V., dessen Wirken dauernd dem Andenken an die Gefallenen gilt. Wegen des Schuges des Tages werden Reichs- und Gemeindebehörden wie im Vorjahre darauf hinzuwirken, daß am Volkskranertrage Veranstaltungen, die dem Zwecke des Tages nicht entsprechen, möglichst unterbleiben.

Naumburg. In geheimer Sitzung beschloß die Stadt- verordnetenversammlung, ein südliches Grundstück an die beim Reichspostministerium verwaltete Stiftung zur Ge- richtung eines Postdirektoriums und Kinderheims zu verkaufen. Unter 72 Städten fand Naumburg mit Rudolstadt in enger Wahl, der Hauptausführender der Stiftung hat sich für Naumburg entschieden.

Leuna. Viele Aufspringen auf den bereits fahrenden Zug glitt am Montag abend der Zugführer des Personenzuges 826 Halle-Corbetta auf dem Treibtritt aus und geriet unter die Räder, die über seine Unterhosen hinweg- gingen. Schmer verletz wurde der Beamte unter dem sofort zum Dalen gebrauchten Zuge hervorgezogen und ins Kranken- haus gebracht, wo ihm beide Beine abgenommen wurden. Wie zu dem Unfall noch gemeldet wird, wollte der Ver- unglückte gerade das Abfahrtsignal geben, als er bemerkte, daß noch einige Arbeiter ausstiegen und die Tür offen liegen. Der Zugführer lief nun an das Ende des Zuges, dessen Abfahrtszeit bereits überschritten war, um die Tür zu schließen. Er gab von dort aus das Abfahrtsignal, um weiteren Zeitverlust zu vermeiden, da dichtauf ein Schnellzug das Gleis fahren mußte, und lief nun neben dem Zuge her, der sich langsam in Bewegung setzte, um zu seinem Weile zu gelangen. Beim Aufspringen auf das Treibtritt kam er zu Fall.

Schmirna. Vor einigen Tagen ereignete sich hier ein bedauerlicher Unglücksfall. Zwei Schulfrauen spielten Elektrik, hierbei leitete der achtjährige Höflich an einem Maß der Starkstromleitung empot und griff nach Auf- forderung seines Spielgefährten an den Draht. Mit schweren

Verletzungen stürzte er ab und mußte in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus gebracht werden.

Popski. Dem 13jährigen Schüler Kurt Weinholt, der im vergangenen Sommer zwei Personen im Alter von 27 Jahren vom sicheren Lode des Ertrinkens in der Saale rettete, wurde vom Landrat des Saalkreises in der Schule zu Beurlaubungen die Rettungsmedaille überreicht.

Halle. Im Halleischen Stabstanzprojekt erhielt man am Donnerstag durch die Vermehrung des Direktors Herzog von der Kommunalbank Halle zum ersten Male genau, mit welchen Verlusten die Stadt durch die Manipulation des Stabstanzprojekts Herzog zu rechnen hat. Herzog hat alle Konten, vor allem auch die Sicherheiten, geprüft und kommt zu dem Ergebnis, daß 7,3 Millionen Reichsmark verloren sind.

Schenckwitz, 8. Februar. Der Bierverleger D. M. von hier befand sich in der zehnten Abendstunde mit seinem Auto auf der Heimfahrt, als ihm auf dem Wege zwischen Döblich und Schenckwitz umweit der Luppenbrücke zwei Rad- fahrer begegneten, von denen der eine rechts, der andere links fuhr. Beim Ausweichen kam D. M. dem Graben zu nahe, der Wagen fuhr in diesen hinein und überfuhr sich. Die Radfahrer fuhren weiter, ohne sich um den Verunglückten zu kümmern. M. war unter dem Wagen so unglücklich eingeklemmt, daß er sich selbst nicht befreien konnte. Er mußte die ganze Nacht in dieser Lage verbringen. Erst am nächsten Tages früh in der siebenten Stunde wurde er durch Vorübergehende aus seiner unglücklichen Lage befreit. Er hat glücklicherweise keine ernstlichen Verletzungen davongetragen.

Weimar. Zu einer blutigen Ehefrau kam es am Sonntagsabend in der Zöpfergasse hier. Dort kam der Arbeiter Otto Kimmel betrunken nach Hause und bedrohte seine Frau, mit der er in Streit geriet, mit dem Messer. Die Frau ergriß in der Notwehr ein Fell und verlor dabei schwer Verletzungen an der Stirn und am Kopf. Der Schwereverletzte mußte in das Krankenhaus übergeführt werden.

Bernburg. Vom hiesigen Amtsgericht wurde der Müller Erbs aus Leopoldsdorf zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt. Er hatte gegen einen Strafbescheid Verfügung eingelegt, der ihm wegen Verurteilung von 50 M. Lehrgeld im eigenen Interesse zugestimmt worden war.

Eigenroba (St. Georgen), 9. Febr. Der hiesige Holz- händler Sachs, ein 23jähriger junger Mann, ist in der ver- gangenen Nacht auf der Heimfahrt von einer Familien- feier mit seinem Auto tödlich verunglückt. Arbeiter fanden heute früh auf dem der Straße Schwanmühl-Eigenroba das umgekehrte Auto, unter dem der Führer lag. **Thale a. Harz.** In selbstmörderischer Absicht hat sich am Dienstagvormittag die uneheliche Geliebte Agnes V. aus Osterleben in den Bodelschleif geflüchtet. Es gelang erst am Mittwochmittag unter schwierigen Verhältnissen — die mit der Vergangenen beauftragten Leute mußten angestellt werden — die Leiche zu bergen.

Bad Harzburg, 9. Febr. Im Schimmermahl zwischen Bad Harzburg und Jüßburg wurde in der Nacht ein Diebes- lager ausgehoben. Volizei und Forstbeamte gingen ge- meinschaftlich vor. Die Diebe, die wohl zum Teile gerochen hatten, konnten jedoch im letzten Augenblick entkommen. Man fand eine regelrechte Erdwohnung, selbst ein Ofen fehlte nicht. Mit der Entdeckung dieses Diebeslagers lären sich fast sämtliche Einbruchsdiebstähle, Schaufensstreifenbe- diehungen, der letzten Zeit hier und in der Umgegend auf. Ein großer Teil der Einbruchsbreite wurde noch vorgefunden.

Falkenstein, 9. Febr. Gestern nachmittag gegen 1 Uhr ist der 15 Jahre alte Sohn Alfred des Fuhrwerks- besizers Guard Strobel in einer Sandgrube auf Ober- lauterbacher Fuhr insulge hereinbrechenden einer Sandwand tödlich verunglückt. Dem jungen Mann wurde das Rückgrat zerquetscht, wobei der Tod auf Stelle eintrat.

Nach und Fern

Wohrkrüben als Brand. In Berliner Kinos ließ sich eine „feine“ Dame von den Angestellten wiederholt ein paar Pfund und gab als Pfand an, während sie sich in die Kasse. Sie brachte das Geld, um noch vor der Ver- stellung etwas zu essen. In den Paketen waren nur Wohrkrüben. Die Dame ward nach dem Betrage nicht wiedergehen.

Den Schwager in der Notwehr erschossen. In einer Eisdiele bei Oranienburg spielte sich eine Familien- traurigkeit ab, die ein Todesopfer forderte. Ein Beamte eines Strafzuges zwischen dem Schimmermahl und dem wegen Trunkenheitsgefahren bereits längere Zeit in einer Haftanstalt war, im Dezember v. S. aber als nicht gemeingefährlich entlassen wurde, und seiner Ehefrau nahmen die beiden im gleichen Hause wohnenden Brüder der Frau für diese Partei. Als Horst sie angriff, gab der eine mehrere Schüsse ab, die Horst tödeten. Die beiden Brüder stellten sich sofort der Polizei und wurden in Haft gebracht, da die Frage, ob sie die Notwehr über- schritten hatten, noch geklärt werden muß.

Ein Polizeibeamter erschießt sich und seine Frau. Ein durch Schüsse amnestisch geordneter Polizeibe- amter fand in einem Stadteil Buerd den 32 Jahre alten Polizeibeamtenmörder Diefel, sowie seine Gattin, die Hausärztin Kufner, in ihrem Bette liegend tot auf. Ohne Zweifel hat Diefel nach vorausgegangenem Wortwechsel seine Gattin und dann sich selbst erschossen. **Der Lohn für eine munitive Tat.** Der Polizeibeamte Lehmer von der Hamburger Schutzpolizei, der den Postträger Hein erschossen hat, wurde dafür zum Wacht- meister befördert.

Ein Schiff auf einm Fischdampfer. In Danzig haben sich an Bord des deutschen Fischereidampfers „Sandra“ ein „Sandra“ aus Anklam furchbare Szenen abgespielt. Der zweite Maschinist schlug in der Trunkenheit den Kapitän nieder und stürzte sich dann auf den ersten Maschinisten, den er gleichfalls zu Boden stieß. Dar- auf hielt er die Maschine an und öffnete das Bodenventil, um das Schiff zu versenken. Die Mannschaft hielt er mit einem Damastmesser in der Hand. Er drohte, wenn gelassen ein Mann der Besatzung, den Unter auszuwerfen und um Hilfe zu signalisieren. Der Dampfer wurde in den Hafen bugiert, wo man den talentierten Maschinisten nach ihm einen Kämpfer überbrachten konnte.

Wahnsinnstäter eines Verurteilten. Im hiesigen Obergericht wurde der Bauer Kapellus seine Eltern und seinen Bruder, weil seine Frau ihm erklärt

Nebrer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Altem.

Nr 18

Sonnabend, den 11. Februar 1928

41. Jahrgang

Aber Herr Schäkel!

Der moderne Mensch ist zum Verneinenden geworden; dafür gibt es einen ganzen Haufen Gründe. Manche Wohlwollenden behaupten, unter diesen Gründen habe die Hauptrolle das — Telephon. Das man ja sozigen niemals davor sicher ist, plötzlich angerufen zu werden; daß man aber auch die Möglichkeit hat, Mitmenschen sofort anzurufen, habe verhängnisvolle Wirkungen für das menschliche Verneinende. In Deutschland äußert sich dies in der Hauptrolle darin, daß der Telefonbesitzer sich bekümmert, ihn werden von der Post viel zuviel Gespräche angeordnet. Mit all der Autorität, von der eine hohe Behörde umfettet ist (oder sich umfettet glaubt), wird so etwas von der zuständigen Oberpostdirektion bestritten, daß ihr niemals ein Irrtum passieren könne. Trotzdem rebelliert hier und da jemand und dann kommt es zum Protest. Wie jetzt in Weimar. Da handelt es sich um die „Verneinenden“ Kosten eines einzigen Ortsgesprächs; Kostenpunkt 15 Pfennige. Aber der „Verneinende“ läßt sich „grundtätig“ nicht gefallen. Meistens rufen dann noch ein paar Beleidigungen mit unter. Also los mit dem Prozeß, Schöffengericht, Staatsanwalt, Verteidiger, Zeugen, zu Diktieren, Sachverständigen, Langsame Verhandlungen! Wie laut der Franzose? „So viel Donner nur wegen eines Gesprächs!“ Aber die Post schneidet dabei so schlecht ab, alterhand „Versehen“ ihrerseits beim Fernsprecher werden aufgedeckt — so z. B. sind Anmeldungen von Ferngesprächen erwiesenemmaßen einfach verlorengegangen — daß nun schreit man die „Verneinenden“ anzuregen wird und man sich auch wegen der „Beleidigungen“ einig will.

Vorher hat man aber alterhand Anstrengungen gemacht, den Angelegten, der sich nicht unbedingt der Autorität einer hohen Vorbeförderung beuge, als „Auernter“ hinzustellen. Durch Sachverständige. Als mehr oder minder Bericht, von der Vernehmung „Verneinender“ zur Seite stünde. Aber er ist ein Großstimmner, der sich — trotz der Sachverständigen — nicht als verurteilt hinstellen lassen will. Er sei durchaus bei klarem Verstand. Gerade aber der Umstand, daß sich der Angelegte geistlich für durchaus gesund hält, ist ein besonders verdächtigendes Moment! — In einem dieser Sachverständigen mit sehr bestimmtem Namen. Eine für jeden, der glaubt, geistlich gesund zu sein, wenig erfreuliche Aussicht! Das ist also schon ein sehr gewichtiges Zeichen begünstiger Paratypie! Aber so etwas kann jedem passieren, der sich den Kollisionsberechnungen der Post nicht ohne weiteres fliht oder gar noch „anmüht“, wie der Herrler sagt. Man wird dann gleich für verrückt erklärt!

Die Oberpostdirektion verlor nun aber über beraten, als sie diesen Prozeß antrifften ließ; denn nicht sehrbar ist sie schließlich nicht und sie soll immer daran denken, da sie dazu da ist — besonders da sie im Haberin eines überaus ängstlich gehaltenen und selbst in Kleinigkeiten existierender Vermögens ist — den sie in Anspruch nehmen zu dienen und nicht umgekehrt. Gerade diese Zusammenhänge im Tagesverkehr erörtern noch mehr, als die fortwährenden Preisserhöhungen es bisher schon getan haben.

Aber — drehen wir das Sprichwort einmal um und sagen: Was viel Schanden ist, da ist auch viel Licht. Gewiß haben wir keinen Vorwand über Ziehen mehr, dessen Nützlich um den Erdball ging, aber man bemüht sich doch auch heute, den steigenden Erfordernissen des modernen Verkehrs gerecht zu werden. Gerade ist der Fernsprechverkehr zwischen Deutschland und Amerika offiziell eröffnet und zurzeit laßt auch eine Konferenz deutscher, französischer, englischer, holländischer, italienischer, amerikanischer und schwedischer Vertreter, um Fragen technischer und betrieblicher Art für den gemeinsamen zwischenstaatlichen Verkehr zu regeln. Also man gibt sich Mühe, macht Anstrengungen, vorwärtszukommen. Aber man sollte doch nicht gleich jeden jedes Wort des Tadels allzu empfindlich sein und zum Klärrinnen!

Gefährdung der Regierungsmehrheit Zentrum und Volkspartei.

Je länger der Kampf um das Zustandekommen des Reichsstaatsvertrages dauert, desto mehr scheitern die Schicksalskämpfer zu ihrem, die das Ziel zur Bekämpfung des Verheeres dauern. Augenblicklich sind die Aussichten auf eine Lösung wieder fast verdundelt. Die so oft behandelte Frage des Dreiparitätens zwischen den zwei sich gegenüberstehenden Regierungsparteien steht auf dem gleichen Platz: Zentrum gegen Deutsche Volkspartei für. Stimmungen der Zentrumspartei sind der entscheidende Wille verdundelt, nicht zurückzuweichen. Weist es dabei, so bedeutet das die Sprengung der Koalition und eine Regierungskrise.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages hat Mittwoch eine Sitzung abgehalten und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Einigungsungsmöglichkeit namentlich in der Frage der Stimmgewichte kaum noch besteht. Es soll der Donnerstag abend zusammenrückenden Fraktion überlassen bleiben, endgültig Stellung zu nehmen. Das offizielle Zentrumorgan, die Germania, schreibt bereits: „In den maßgebenden Kreisen des Zentrums ist man der Auffassung, daß das Reichsstaatsvertrags als gefährlich anzuempfehlen werden muß, nachdem die

seit einiger Zeit laufenden Zwischenverhandlungen ergebnislos verlaufen sind und daß die von der Deutschen Volkspartei herbeigeführten, für das Zentrum unannehmbaren Veränderungen des Regierungsentwurfs nicht ohne politische Mißwirkung bleiben können, darüber wird man sich doch wohl in den beiden Reichsparteien nicht im Zweifel sein. Die Fraktion wird sich darüber schlüssig werden müssen, welchen Zeitpunkt und welchen Weg sie für ihre notwendige politische Initiative als geeignet ansehen.“ Die Deutsche Volkspartei schiebt die Schuld auf die Hartnäckigkeit des Zentrums und bezieht sich, wie es Abgeordneter Dr. Scholz schon wieder in einer Hamburger Rede getan hat, auf ihre fortschrittlichen Anschauungen, die zumindes ein erhebliches Zeit der Deutschen Volkspartei der Aufrechterhaltung des Reichsstaats nicht zu offen bereit sei.

Die Vermittlungsversuche werden natürlich fortgesetzt und besonders die Deutschnationalen, die andere Reichspartei der Regierung, bemühen sich in dieser Richtung. Die Deutschnationalen Volkspartei hält nach wie vor die Fortsetzung des Reichsstaatsvertrages nicht nur für politisch notwendig, sondern die Befestigung der Differenzpunkte für durchaus möglich. Einen Ausschub der Entscheidung werden die Deutschnationalen nicht zustimmen. Der deutschnationalen Graf Schöner hat für Freilassung der Interfraktionellen Ausschüsse einmündige Klärung herbeizuführen. Man sieht bei den Deutschnationalen die Lage für sehr ernst, wenn auch nicht hoffnungslos, an.

Stehen Neuwahlen bevor?

In den Wandelhallen des Reichstages gab es am Donnerstag, während drinnen im Saale die Redner vor leeren Bänken über Wiedereintritt sprachen, nur ein Gespräch: Kommt es zum Bruch? Werden die Zentrumsmitglieder, wenn man ihnen scheiden und damit eine Wahlkreisfrage herbeiführen?

Während der Heißperiode wußten schon wissen, daß Reichstagsneuwahlen für April im gegebenen Falle geplant seien. Man sprach auch von der Möglichkeit, die Regierung werde das ganze Gezeig zurückziehen, um den Ort und andere wichtige Dinge unter Dach und Fach zu bringen, also die jetzige Koalition auf diese Weise einzuwickeln zusammenhalten und dann erst weiter sehen.

Für ein solches abwartendes Verhalten sind aber die Deutschnationalen, wie gesagt, nicht eingenommen. Sie sollen es — immer nach dem Hörenlagen — vorziehen, in offener Feldschlacht im Reichstage die Entscheidung durch Abstimmung zu erzielen. Zur Stunde ist tatsächlich noch alles in der Schwebe. Die Zentrumsfraktion berät sich nochmals. Der Schlußausgang der Deutschen Volkspartei veranlaßt sich am kommenden Sonntag zu einschlägigen Beratungen. Vielleicht bringt die neue Woche endlich den Zeitpunkt, in dem sich die gespannte Atmosphäre gewaltsam entläßt oder zu dem die drohenden Wahlen sich gemächlich verzehren.

Die kommende Genfer Katsatung.

Vorherrschende Aufgaben.
Am 5. März beginnt die Frühjahrsatzung des Völkerbundes. Gegenüber ist das Sicherheitskomitee auf den 20. Februar einberufen, das die Vorarbeiten für die Abrüstungskommission betreibt. Diese selbst soll etwa um den 15. März zusammenzutreten. Auf der Tagesordnung der Katsatung stehen zwei große politische Fragen. Beide betreffen Ungarn, nämlich der ungarisch-rumanische lohnantente Disput, der sich um die Fortforderungen der ungarischen Grundbesitzer gegen die Fortforderungen der rumänischen Disput, und die Währungsfrage.

Die beiden der Kleinen Drudes der französischen Delegation trotz aller dem nun die Anträge vorliegen. Die neuen, es liegen für den Rat der Völkerbund eine Anzahl der noch ständebündlichen der oberstele eine neue Eingabe der deutsch-politischen Ausschüsse, bis die Internationalen sind.

Drängung.

Der französische, des französischen, offiziers Paul, heinlanddrängung deutsche Sozialer Befürwortung.

Partei hat nun befohlen, auf den Protest der deutschen Sozialistischen

Partei mit dem Hinweis auf das offizielle Wahlprogramm der Partei zu antworten, in dem die sofortige Klärung des Rheinlandes ohne jeden Vorbehalt gefordert wird. Gleichseitig will die französische Sozialistische Partei den deutschen Sozialdemokraten die Einberufung einer besonderen Internationalen Konferenz vorschlagen, bei der auch die belgischen Sozialisten vertreten sein sollen und die endgültig die Haltung der Sozialistischen Parteien von Deutschland, Frankreich und Belgien zum Rheinlandproblem festlegen soll.

Münchener Reichsgeandtschaft künftig wegfallend.

Befehl im Haushaltsausfluß des Reichstages.
Im Haushaltsausfluß des Reichstages knüpfte sich eine längere Aussprache an das Kapitel: „Vertretung der Reichsregierung in München“. Von den Demokraten wurde beantragt, dieses Kapitel als künftig wegfällig zu bezeichnen. Die Kommunisten forderten die Streichung dieser Vertretung. Nach der Haltung der Reichsregierung wurde der demokratische Antrag, dieses Kapitel als künftig wegfällig zu bezeichnen, mit 13 Stimmen der Abgeordneten Dr. Greiner und Dr. Mittelmann dafür, Stimmenthaltung übte der Abgeordnete Morath aus. Die Wiedereinsetzung des Reichsgeandtschaften des Reichstages der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung zusammen.

Landbundvorstand beim Vizekanzler.

„Siffsmaßnahmen nicht ausreichend.“
Der Stellvertreter des Reichsgeandtschaften, Reichsminister Herr C., empfing in der Reichsgeandtschaft in Gegenwart des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Schreier, sowie der Vertreter der belgischen Regierung eine Abordnung des Reichslandbundes, der die Präsidenten Sepp und Graf Kalkreuth sowie die Direktoren Kriegheim und von Spel angehörten. Die Vertreter des Reichslandbundes brachten eine Anzahl von Forderungen vor, die im einzelnen eingehend besprochen wurden. Sie wiesen eindringlich darauf hin, daß die Landwirtschaft die Maßnahmen, die von der Reichsregierung bisher zur Erleichterung der wirtschaftlichen Not des Landvolkes vorgehen seien, nicht als ausreichend betrachten könne. Die amwesenden Mitglieder der Reichsregierung erklärten hierzu, daß es sich bei den bisherigen Beschlüssen der Reichsregierung um ein zusammenhängendes System von Maßnahmen handele, deren weiterer Ausbau mit allen verfügbaren Mitteln durchgeführt werden solle.

Unsere Reichswehr.

Beratungen im Haushaltsausfluß des Reichstages.
Der Etat des Reichswehrministeriums steht jetzt im Haushaltsausfluß des Reichstages zur Beratung. Den Ausführungen des Verteidigungsministers (Zos) ist zu entnehmen, daß im letzten Etatjahr 87 Schiffschiffe und 48 Schiffschiffwerke in der Reichswehr vorgekommen sind. Der Mitarbeiteralter des Reichswehr (Zos) wurde aus dem Etat des Arbeitsministeriums und der Etat des Wehrministeriums seien am meisten unrichtigen Beschäftigt zu prüfen, ob es nicht möglich sei, die im Reichswehr auf dem rechten Wege sein. Unabweislich ist auch hier die Beobachtung, daß die Personalangaben liegen und die Sachaufgaben zurückzuführen, statt umgekehrt. Um Abfragen wollte er aber nicht, daß die Reichswehrangehörigen schlechter gestellt wurden als die anderen Beamten, die schließlich im Gegenstand zur Reichswehr mit Deputationen den Reichstag befragen hätten. Bei dem

Verdeern
habe das Wehrministerium keine Landwehrschiffbau zu beordern. Durch weitere Motorisierung der Kanonen könnten weitere Werke eripart werden. Die Unterbringung der Mannschaften und der deutsche Zustand der Kanonen seien vielfach außerordentlich rückständig und besserungsbedürftig; hier müßten größere Mittel verfügbar gemacht sein. Auf dem Gebiet des Kanonenwesens seien wir noch außerordentlich rückständig. Sei es richtig, so fragte der Redner, daß der große Prozentsatz der Kanonen zur Wehrmacht aus Industrie und Gewerbe stamme? Er fordere, daß die für die Erzeugung der Kanonen neben Mühe, nicht die Parteizugehörigkeit oder die lokale Herkunft. Bei der

Kosten des preussischen Parlamentes.

Früher und jetzt.
Nach einer bei der Beratung des Haushalts im Preussischen Landtag vorgelegten Aufstellung des Abgeordneten Reuehahn gab es vor dem Kriege in Preußen 443 Abgeordnete, jetzt 450. Zahl der Parlamentarier im Preußen auf 830 vor dem Kriege und 531, also 299 weniger, in der Gegenwart. Die Kosten des Parlamentes betragen vor dem Kriege 0,00 Prozent des Gesamtstaatsbudgets, 0,14 Prozent jetzt. Bei Eingetrennung der Privilegien für den König folgte der gesamte verfassungsrechtliche